



Ausgabe 6

Juni/ Juli 2017

SEITE 1 VON 5

Dieser Newsletter des KAS- Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:
**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO CHILE**

Enrique Nercasseaux 2381
Casilla 16280
Providencia,
Santiago de
Chile Chile

Teil: +56 22 234 20 89 oder
+56 22 233 57 33
Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile



1. Dynamische Entwicklung des chilenischen Parteiensystems



<https://www.google.de/search?q=Nationalkongress+Chile&source=lnms&tbn=isch&sa=X&ved=0ahKEWjd4d7K4PLUAhUDHJAKHYb9BpkQAUICCgD&biw=1280&bih=929#tbn=isch&q=Congreso+de+Chile&imgsrc=jrn5E8RssKlM:&spf=1499278756254>

Seit dem Ende der Militärdiktatur Pinochets (1990) wechselten sich in Chile zwei Parteienbündnisse bei der Regierungsbildung ab. Die gegenwärtige Regierung wird vom Mitte-Links-Bündnis *Nueva Mayoría* (NM) gestellt, der traditionelle politische Gegenspieler ist das rechtskonservative Bündnis *Chile Vamos* (CV).

In den letzten Monaten scheint es jedoch so, als ob sich das traditionell bipolare Parteiensystem Chiles, bestehend aus NM und CV, zunehmend zu einem tripolaren System entwickelt, in dem das Bündnis "Frente Amplio" (FA) als dritte politische Kraft hinzutritt. Jedes dieser drei Parteibündnisse setzt sich aus mehreren souveränen Parteien zusammen, deren jeweilige ideologische Position mit derer ihrer Bündnispartner vereinbar ist. Frente Amplio – zu Deutsch "Breites Bündnis" – besteht beispielsweise aus einem halben Dutzend linker und grüner Parteien. Im August 2016 schlossen sich die Mitglieder von FA zusammen, um bei den chilenischen Kommunalwahlen eine Alternative zu bieten.

Die Wahl von Jorge Sharp zum Bürgermeister der Hafenstadt Valparaíso ist als erster wichtiger politischer Erfolg dieser neuen Koalition anzusehen. Das erklärte Ziel des FA ist es, sich als permanente politische Kraft im politischen System Chiles zu etablieren und sich als solche sowohl von CV als auch von der NM abzugrenzen.

Um seine politische Position zu stärken, wird Frente Amplio bei den im November anstehenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Senatswahlen jeweils eigene Kandidaten aufstellen. Bei ersteren wird die Journalistin Beatriz Sánchez als Kandidatin gegen Sebastián Piñera von CV und Alejandro Guillier sowie Carolina Goic der NM antreten.

Bei den Vorwahlen am Sonntag, den 2.7.2017 zu denen sich die Kandidaten von CV und FA präsentierten, nahmen ca. 1,8 Millionen Wahlberechtigte teil. Der Großteil von ihnen (1,4 Millionen) stimmte für die etablierte Koalition Chile Vamos. Lediglich 330.000 Wahlberechtigte stimmten für die neue Koalition Frente Amplio. Mit Recht kann somit behauptet werden, dass CV als Sieger gegenüber dem FA gestärkt aus der Vorwahl hervorgeht. Ebenso muss jedoch anerkannt werden, dass FA innerhalb kürzester Zeit beachtliche Wählermengen mobilisieren konnte. Es ist somit durchaus möglich, dass sich das Frente Amplio mit der Zeit zu einer dritten politischen Kraft im politischen System Chiles entwickelt.

Wünschenswert wäre eine solche Entwicklung allemal, da Demokratie letztendlich von politischer Vielfalt lebt.



Ausgabe 6

Juni/ Juli 2017

SEITE 2 VON 5

2. Neues im alten Grenzkonflikt zwischen Chile und Bolivien



https://www.google.de/search?q=Nationalkongress+Chile&source=lnms&tbn=isch&sa=X&ved=0ahUKEwj4d7K4PLUAhUDHJAKHYb9BpkQ_AUICCGD&biw=1280&bih=929#tbn=isch&q=Bolivien+Chile&imgsrc=IH_100JiK5YJWM:&spf=1499278756268

Der Grenzkonflikt zwischen Chile und Bolivien geht auf den Salpeterkrieg von 1879 bis 1883 zurück. Im Zuge dieses Krieges verlor Bolivien ein Gebiet von rund 120.000 Quadratkilometern und mehr als 400 Kilometer Küste an Chile. Seitdem ist Bolivien ein lateinamerikanischer Binnenstaat, der diese Degradation nie ganz akzeptieren konnte.

Praktisch jede Regierung, die seither im Amt war, forderte mehr oder weniger nachdrücklich die Rückgabe jener Gebiete bzw. einen souveränen Zugang zum Pazifik. Jedoch ging keine so weit wie die Regierung unter Evo Morales: Dieser verklagte Chile im April 2013 vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH), um die Aufnahme von Verhandlungen über einen souveränen Meereszugang rechtlich zu erzwingen.

Vor Gericht vertritt Chile die Position, dass Bolivien keinerlei Anrecht auf die Gebiete habe, da der bilaterale Friedensvertrag von 1904 die Grenzfragen zwischen beiden Ländern abschließend geklärt habe.

Bolivien hingegen argumentiert, dass es nicht den Friedensvertrag in Frage stelle, sondern sich vielmehr auf die mehrfachen Bekundungen Chiles berufe, in denen es Bolivien einen souveränen Meereszugang zugesteht.

Bereits in den ersten bilateralen Abkommen nach Friedensschluss habe Chile die Notwendigkeit eines Meereszugangs für die künftige Entwicklung Boliviens anerkannt. Dieses Versprechen habe es innerhalb der letzten 100 Jahre jedoch nicht eingelöst.

Nun brachte sich Alberto Mayol vom linksliberalen Bündnis Frente Amplio (FA) mit einem neuen Lösungsvorschlag in die Debatte ein: Der Konflikt solle nicht mit rechtlichen, sondern mit diplomatischen Mitteln gelöst werden. Mayol schlägt vor, chilenische und bolivianische Gebiete „quadratkilometerweise“ zu tauschen und so einen Vorteil für beide Länder zu erzielen.

Durch einen derartigen Tausch erhalte Bolivien einen direkten Meereszugang, und Chile einen direkten Zugang in das Innere Südamerikas. Auf diese Weise wäre es beiden Ländern möglich, ihre jeweiligen wirtschaftlichen Verflechtungen auszubauen – eine klassische Win-Win-Situation. Somit könnten Chile und Bolivien beide von einer Gebietsreform profitieren.

Wann, wie und zu welchen Gunsten der Streit letztendlich beigelegt werden wird, bleibt jedoch abzuwarten. Eine baldige diplomatische Einigung ist nach wie vor nicht in Sicht. Vielmehr verschlechtern sich die bilateralen Beziehungen erneut zusehends.



Ausgabe 6

Juni/ Juli 2017

SEITE 3 VON 5

3. Erste Klimawoche der Konrad-Adenauer-Stiftung



Mit großem Erfolg ging die erste Klimawoche der Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile zu Ende. Neben den insgesamt mehr als 450 Schülerinnen und Schülern, die an verschiedenen Workshops teilnahmen, meldeten sich über 1000 Besucher für die an den Nachmittagen stattfindenden Konferenzen an.

Das Event wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile in Zusammenarbeit mit dem stiftungseigenen Regionalprogramm für Klima und Energie (EKLA) mit Sitz in Lima, dem chilenischen Eventplanungsunternehmen Ahu Newen und zahlreichen weiteren Unterstützern vor Ort organisiert. Zwischen dem 13. und 16. Juni kamen politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, Jungunternehmer, Künstler, Jugendliche und Schüler in den Räumlichkeiten der Stiftung Telefónica zusammen, um sich über den Klimawandel und Konzepte der Nachhaltigkeit auszutauschen.

Die Klimawoche begann am Dienstag, den 13. Juni mit einer Einführungsveranstaltung, an der unter anderem Marcelo Mena, der gegenwärtige Umweltminister Chiles, und Rolf Schulze - deutscher Botschafter in Chile - teilnahmen. Von allen Eröffnungsreden blieb vor allem eine Äußerung des deutschen Botschafters in Erinnerung:

„Der Klimawandel kennt keine Grenzen“. Diese Äußerung fasst den Sinn und die Notwendigkeit der veranstalteten Klimawoche in aller Kürze zusammen: Der Klimawandel ist real und er macht nicht vor einzelnen Ländern halt. Daran ändert auch die Uneinsichtigkeit des US-Präsidenten Trump nichts.

Vielmehr wird durch sein Verhalten die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der restlichen Weltgemeinschaft noch dringlicher.

In den Konferenzen setzten sich zahlreiche nationale und internationale Experten mit dem Klimawandel auseinander. Jede Konferenz setzte dabei ihren ganz eigenen thematischen Schwerpunkt. Thematisiert wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf Chile und Möglichkeiten zur Anpassung und Mitigation, Möglichkeiten für bewusste, auf lokalen Produkten basierte Ernährung, Recycling-Strategien, die Energieversorgung der Zukunft, nachhaltige Mobilität sowie Smart Cities und Sustainable Finance.

In zehn unterschiedlichen, interaktiven Workshops wurden diese Themen auch mehr als 450 Schülerinnen und Schülern aus unterschiedlichen Bildungsinstitutionen Santiagos nähergebracht. Parallel zu den Workshops und Konferenzen konnten sich die Besucher/-innen auf einer „Grünen Messe“ einen Eindruck über innovative Ideen und Konzepte chilenischer Akteure für ein nachhaltiges Santiago verschaffen.



Ausgabe 6

Juni/ Juli 2017

SEITE 4 VON 5

Schlussendlich lässt sich festhalten, dass das Organisationsteam der Konrad-Adenauer-Stiftung überaus zufrieden mit dem durchgeführten Event ist. Insbesondere freut es uns zu sehen, dass zahlreiche neue Kontakte zwischen den einzelnen Referenten, Ausstellern und Besuchern geschmiedet worden sind. Diese Kontaktnetze sind ein erster Hinweis auf den nachhaltigen Impuls, der von dieser Veranstaltung ausging.

4. Bachelet entschuldigt sich bei der Gemeinschaft der Mapuche



https://www.google.de/search?q=mapuche&source=lnms&tbm=isch&sa=X&ved=0ahUKewjzvqaQ7_LUAhULhJAKHJzA4EQ_AUICigB&biw=1280&bih=929#imgsrc=Vnn7K_bIM_9pZM:&pf=1499282656418

„Wir haben als Land versagt. Heute möchte ich, in meiner Eigenschaft als Präsidentin der Republik, offiziell das Volk der Mapuche um Verzeihung bitten, für die Irrtümer und Gräueltaten, die der Staat begangen und geduldet hat.“

Noch heute leben rund eine Million Mapuche in Chile. Die Identität und Kultur dieser indigenen Bevölkerung Chiles wurde lange Zeit nicht ausreichend gewürdigt. Stattdessen wurden sie durchgehend ausgegrenzt, diskriminiert und ausgebeutet. Bereits 400 Jahre lang wehren sich viele Mapuche gegen Unterdrückung und Bevormundung.

Nun, am 23. Juni, hat sich Michelle Bachelet, für diese Fehler offiziell bei dem Volk der Mapuche entschuldigt. Sie verband mit ihrer Entschuldigung die Ankündigung eines Programms zur Entwicklung der Region Araucanía, in welcher ein Großteil der chilenischen Indigenen lebt. Das Programm soll helfen, die wirtschaftliche Situation der Mapuche zu verbessern und die Anerkennung ihrer Kultur- und Lebensweise zu garantieren.

Neben Investitionen in Wirtschaft und Bildung ist auch geplant, Mapudungun, die Sprache der Mapuche, zu fördern und so vor dem Vergessen zu bewahren.

Darüber hinaus sollen bestehende Landkonflikte geklärt und beigelegt werden. Diese gehen auf die gewaltsamen "Befriedung" von Araucanía zurück, im Zuge derer die Indigenen ca. 90 Prozent ihres Landes verloren haben.

Sowohl regionale Wirtschaftsverbände als auch die Mapuche begrüßen die in Aussicht gestellten Hilfsmaßnahmen, weisen aber darauf hin, dass im November diesen Jahres Wahlen stattfinden werden und dass mit der Umsetzung der angekündigten Maßnahmen daher eher früher als später begonnen werden sollte.

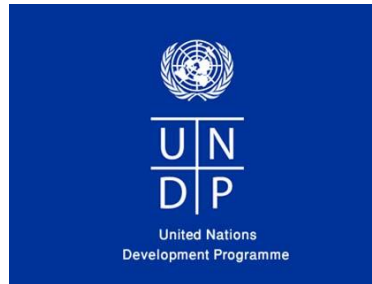


Ausgabe 6

Juni/ Juli 2017

SEITE 5 VON 5

5. Soziale Ungleichheit in Chile



https://www.google.de/search?q=UNDP&source=innms&tbnm=isch&sa=X&ved=0ahUKEwIl54LE_PLUAhUBkpAKHbT1BJcQ_AUICygC&biw=1280&bih=929#imgsrc=QQvQibqDY2BLIM:&spf=1499286255607

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat eine umfassende Untersuchung zur sozialen Ungleichheit in Chile durchgeführt. Demnach sind die Einkommen in Chile sehr viel ungleicher verteilt, als in allen anderen Ländern Südamerikas.

Auf der einen Seite erzielt ein Prozent der Bevölkerung 33 Prozent der gesamten Einkünfte, was in etwa 150.000 Euro monatlich entspricht. Auf der anderen Seite leben ca. 50% der Chilenen unterhalb der Armutsgrenze von 462 Euro monatlich.

Dennoch liegt die Armutsquote bei gerade einmal 11,7%. Grund für diese scheinbar nicht vereinbaren Daten ist, dass in den meisten Privathaushalten mehr als eine Person zum Einkommen beiträgt.

Der Bericht hebt aber positiv hervor, dass in den letzten 30 Jahren ein Rückgang der Einkommensungleichheit zu verzeichnen ist.

Dieser Umstand ist vor allem auf einen Lohnzuwachs im unteren Lohnsegment zurückzuführen. Laut der Studie sind die Einkommensunterschiede vor allem auf die Spaltung des Arbeitsmarktes zurückzuführen: Zum einen gibt es qualifizierten Fachkräfte, die im tertiären Wirtschaftssektor (Dienstleistungen) tätig sind, zum Anderen geringqualifizierte Arbeiter, die maßgeblich im primären (Rohstoffförderung) und sekundären (verarbeitenden) Wirtschaftssektor tätig sind.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes hängt entscheidend mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Je gebildeter jemand ist, desto größer sind seine oder ihre Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt. Praktisch ist der Zugang zum Bildungssystem in Chile jedoch durch den jeweiligen sozio-ökonomischen Familienhintergrund beschränkt. In der Folge existiert eine kleine Bildungselite mit großem Einkommen, welche einer Masse Geringqualifizierter mit geringen Einkommen gegenübersteht.

Eine Möglichkeit, der sozialen Ungleichheit in Chile effektiv entgegenzuwirken ist demnach, die Erleichterung des Zugangs zum Bildungssystem.